



Protokoll der 23. Sitzung des Einwohnerrates

vom 24. August 2022, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 36 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Werner Fischer (FDP), Yves Jenni (GLP), Daniel Jurt (SVP) und Séverine Salathe (SP)

Traktanden

Laufnummer

Traktandenliste

2022-107

://: Das Geschäft «Poststrasse autofrei» (Postulat Nr. 2022-107) wird gemäss Antrag der Postulantinnen von der Traktandenliste abgesetzt.

1. Protokolle der Ratssitzungen vom 18.05.2022 und 29.06.2022
://: Die Protokolle vom 18.05.2022 und 29.06.2022 werden einstimmig genehmigt.

-

2. Parkleitsystem, Kreditantrag zur Realisierung – Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK)
://: In der Schlussabstimmung beschliesst der Einwohnerrat mit 19 Ja-Stimmen gegen 8 Nein-Stimmen bei 9 Enthaltungen einen Kredit von CHF 550'000 inkl. MWST für die Realisierung des Parkleitsystems gemäss stadträtlichem Antrag.

2022-92
2022-92a

3. Fragestunde
In der Fragestunde werden vom Stadtrat 25 Fragen beantwortet.

4. Wohnheim für Asylsuchende, Ersatzbaute – Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK)
://: Dem stadträtlichen Antrag für einen Baukredit in der Höhe von CHF 2'600'000 inkl. MWST mit einer Kostengenauigkeit von +/- 10 % wird einstimmig zugestimmt.

2022-105
2022-105a

- | | | |
|-----|---|---------------------|
| 5. | Zwischenbericht des Stadtrats zu den Postulaten | 2022-115 |
| | <ul style="list-style-type: none"> • «Klimapolitik» – Postulat «Für unsere Zukunft – Für eine ernsthafte Klimapolitik!» von Joel Bühler und Pascale Meschberger der SP-Fraktion | 2018/121a |
| | <ul style="list-style-type: none"> • «Klimaangepasste Stadtentwicklung» – Postulat «Klimaangepasste Stadtentwicklung: Analyse – Strategie – Massnahmen für erhöhte Lebensqualität in Liestal» von Benjamin Holinger der Grünen Fraktion, Loris Jeitziner der SP-Fraktion, Vreni Wunderlin der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion | 2019/150a |
| | <ul style="list-style-type: none"> • «Klimaneutralität Veranstaltungen» – Postulat «Klimaneutralität (Netto-Null) der Liestaler Veranstaltungen bis 2035» der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion | 2021-72a |
| | <ul style="list-style-type: none"> • «Klimaneutralität Verwaltung – Motion «Klimaneutralität (Netto-Null) der Liestaler Verwaltung» der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion | 2021-73a |
| | ://: Der Rat nimmt einstimmig den stadträtlichen Zwischenbericht einstimmig zur Kenntnis. | |
| 6. | Poststrasse autofrei – Postulat «Poststrasse autofrei» von Verena Baumgartner der Grünen Fraktion und Dominique Meschberger der SP-Fraktion | 2022-107 |
| | <i>Absetzung von Traktandenliste gemäss Antrag der Postulantinnen.</i> | |
| 7. | Kasernenstrasse mit Baumallee – Postulat «MEIN LIESTAL – Chance nutzen und Kasernenstrasse mit Baumallee aufwerten» von Thomas Eugster namens der FDP-Fraktion | 2022-108 |
| | <i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | |
| 8. | Stadthallen-Ersatz – Interpellation «Aufgabenteilung als Ersatz für die Stadthalle» von Daniel Schwörer der FDP-Fraktion | 2022-109 |
| | <i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | |
| 9. | Strassenunterhalt – Interpellation betreffend Strassenunterhalt von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion | 2022-110 |
| | <i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | |
| 10. | Buvetten-Förderung – Bericht Stadtrat zum Postulat «Förderung von Buvetten» von Anja Weyeneth der SP-Fraktion | 2021-51
2021-51a |
| | <i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | |
| 11. | Buserschliessung Rosenquartier – Interpellation «Buserschliessung Rosenquartier (Linie 78)» von Stefan Fraefel der Mitte-Fraktion | 2022-116 |
| | <i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | |
| 12. | Buserschliessung Langhagquartier – Postulat «Buserschliessung Langhagquartier mit bestehender Linie» von Stefan Fraefel der Mitte-Fraktion | 2022-117 |
| | <i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | |
| 13. | Strukturwandel – Postulat «Strukturwandel – Support für Laden- und Gastrobetreibende» von Bernhard Bonjour und Anja Weyeneth der SP-Fraktion | 2022-118 |
| | <i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | |

- | | | |
|-----|--|----------|
| 14. | Velo-Kurierdienst - Dringliches Postulat «Velo-Kurierdienst in Liestal» von Dominique Meschberger und Séverine Salathe der SP-Fraktion, Philipp Franke und Sibylle Schenker der Grünen Fraktion sowie Benjamin Erni und Vreni Wunderlin der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2022-119 |
| 15. | Rechtsabbiegen bei Rot – Postulat «Rechtsabbiegen bei Rot» von Yves Jenni und Vreni Wunderlin der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2022-121 |
| 16. | Toilettensituation Spielplätze – Postulat «Toilettensituation auf den Spielplätzen in Liestal» von Benjamin Erni der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion, Verena Baumgartner der Grünen Fraktion und Séverine Salathe der SP-Fraktion
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2022-122 |
| 17. | Baupiste zum Bahnhof – Interpellation «Baupiste zum Bahnhof zur Entlastung der Kantonalbank-Kreuzung» von Daniel Schwörer der FDP-Fraktion
<i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i> | 2022-123 |

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) heisst die Einwohnerrats- und Stadtratsmitglieder sowie Medienvertreter und Gäste zur ersten Sitzung im neuen Amtsjahr willkommen und richtet in ihrer Antrittsrede folgende Worte an die Anwesenden im Landratssaal:

*Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Einwohnerrats
Geschätzte Stadträtinnen und Stadträte
Geschätzte Medien und Gäste auf der Tribüne*

Ich freue mich sehr, euch alle zur ersten Sitzung im neuen Amtsjahr begrüßen zu dürfen. Nach 2 Jahren mit verkürzter Sitzungsdauer, mit Verzicht auf die wertvollen Pausen und mit weniger Anlässen und sozialem Austausch, bin ich gespannt, was dieses Amtsjahr bringen wird. Es wird auf jeden Fall interessant und abwechslungsreich werden. Alleine schon die Menge an 25 Fragen, die für heute eingereicht wurden zeigt, dass ihr als Mitglieder vom Einwohnerrat etwas bewegen wollt.

Als gewählte Volksvertreterinnen und -vertreter ist es eure Aufgabe, die verschiedenen Meinungen unserer Bevölkerung in die Debatten einzubringen. Dass wir dabei unterschiedlicher Meinung sind, gehört zur Natur der Sache. Dabei ist es mir persönlich wichtig, dass wir uns gegenseitig mit Respekt behandeln und fair miteinander umgehen.

Natürlich wissen wir alle, dass im Februar Landratswahlen anstehen und viele von uns als Kandidaten engagiert sind. Ich wünsche mir, dass wir trotzdem unsere offene und wertschätzende Gesprächskultur beibehalten können.

Da ich mich als Präsidentin nicht zu Geschäften äussern werde, habe ich jetzt mit dieser Rede noch die Gelegenheit euch allen meine Meinung zu sagen.

Ich könnte auf die verschiedenen Herausforderungen der nächsten Monate hinweisen, was in Liestal immer auch die Finanzen beinhaltet. Ich könnte über die Bautätigkeiten und kommende Energieengpässe referieren, aber ich glaube, dass wir dazu im Verlauf der Sitzungen noch genug hören werden.

Deshalb erlaubt mir einfach noch ein paar Worte zu mir. Wie einige schon mitbekommen haben, bringe ich zwei Handicaps mit. Zum einen habe ich eine Autoimmunerkrankung, die mich etwas Energie kostet und zum anderen höre ich nur auf dem rechten Ohr. Wenn ich also nicht reagieren sollte, wenn ihr mich anspricht – vor allem wenn es viele Leute hat, nehmt das nicht persönlich. Auch werde ich mich für Absprachen jeweils zur Vizepräsidentin umdrehen müssen.

Dann möchte ich allen einen Besuch am ESAF dieses Wochenende empfehlen. Es wird riesiges ein Volksfest werden und ist nicht nur für Leute, welche sich für das Schwingen, Hornussen und Steinstossen interessieren. In den nächsten Tagen läuft einiges in Pratteln. Und wer ihn noch nicht gesehen hat - es gibt auch einen Holzbrunnen mit dem Törli auf dem Festplatz.

Somit starten wir alle gemeinsam in dieses Amtsjahr und in diese Sitzung - mit dem Ziel, dass wird Liestal mit ein paar grossen Schritten weiterbringen zu können.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Vom Ratsbüro werden folgende Mitteilungen gemacht:

- Die heutige Sitzung wird um ca. 18.30 Uhr von einer Pause unterbrochen und dauert bis ca. 20.00 Uhr.
- Gleich 4 neue Ratsmitglieder dürfen zur heutigen Sitzung begrüsst sowie von ihren Fraktionen vorgestellt werden:

Baumgartner Anita (GL) wird von Vreni Baumgartner (GL) vorgestellt: Die neue Ratskollegin hat Wirtschaftswissenschaften an der Uni Basel studiert und arbeitet im Controlling beim Finanzdepartement des Kantons Aargau. Sie ist in Bubendorf aufgewachsen, hatte aber mit ihren Schulbesuchen immer schon Kontakt zu Liestal und seit 10 Jahren wohnt sie mit ihrem Mann und ihren 2 Kindern auch hier Liestal. In ihrer Freizeit ist sie gerne sportlich unterwegs.

Holinger Matthias (GL) wird von Vreni Baumgartner (GL) vorgestellt: Matthias Holinger wohnt mit ein paar Unterbrüchen seit beinahe 50 Jahren in Liestal, denn er ist hier bereits aufgewachsen und zur Schule gegangen. Er ist verheiratet und Vater von drei Teenagern. Er arbeitet als Ergotherapeut im Kantonsspital. Rund 10 Jahre war er in der Pfadi und auch in der Feuerwehr aktiv. Heute sind seine Hobbys das Mountainbike, OL und Wandern.

Ballmer Roger (FDP) wird von Thomas Eugster (FDP) vorgestellt: Das neue Fraktionsmitglied ist 59 Jahre alt, verheiratet und Vater von zwei erwachsenen Söhnen. Er ist in Liestal aufgewachsen und hat die Schulen in Liestal besucht, bevor er dann das Studium in der Elektrotechnik an der ETH Zürich machte. Anschliessend war er beruflich auch international unterwegs und seit 1996 wohnt er wieder in Liestal. Er arbeitet bei der Primeo Energie als Leiter der Netzbetriebe. Seit 2020 ist er im Schulrat des Gymnasium Liestal und in seiner Freizeit beschäftigt er sich mit verschiedenen Sportarten, Oldtimern und Musik.

Sennhauser Florian (FDP) wird von Thomas Eugster (FDP) vorgestellt: Florian Sennhauser ist 27 Jahre alt, ledig, ist hier geboren sowie aufgewachsen und wohnt mitten im Stedtl Liestal. Er hatte eine Ausbildung als Elektroniker mit Berufsmatur gemacht sowie anschliessend an der FHNW noch Wirtschaftsingenieurwesen studiert. In seiner Freizeit hatte er sich sehr stark bei den Jungfreisinnigen engagiert und diese auch drei Jahre präsidiert. Seit 2016 ist er auch in der Bürgerkommission Liestal tätig.

- Am Info-Schalter der Stadtverwaltung können interessierte Einwohnerinnen und Einwohner die Festschrift «50 Jahre Einwohnerrat Liestal» gratis beziehen.
- Für die heutige Sitzung hat sich unter anderem auch Werner Fischer (FDP) entschuldigen lassen. Die BPK-Geschäfte werden von BPK-Vizepräsident Albert Siegwart (GL) vertreten.

Neue persönliche Vorstösse

- Sichten-Naherholungsgebiet – Interpellation «Naherholungsgebiet Sichten» von Benjamin Erni der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion (Nr. 2022-125)
- Velostrassen – Interpellation «Velostrassen in Liestal» von Domenic Schneider der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion (Nr. 2022-126)
- Energieverbrauch – Interpellation «Daten zum Energieverbrauch der Stadt Liestal» von Albert Siegwart namens der Grünen Fraktion (Nr. 2022-128)

Stimmenzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmenzähler/innen bestimmt:

- | | |
|-------------------------|---|
| - Beat Gränicher (SVP) | Seite A (SP, GL) |
| - Thomas Eugster (FDP) | Seite B (SVP, EVP/GLP/Die Mitte, Teil GL) |
| - Sibylle Schenker (GL) | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

Mitteilungen Stadtrat

Stadträtin Marie-Theres Beeler orientiert mittels Power-Point-Präsentation über den Stand der Bauarbeiten beim SBB-Bahnhofareal: Auf dem Gleis 1 fahren die Regionalzüge in Richtung Olten ab und auf dem Gleis 3 und 4 sind es die Schnellzüge in Richtung Olten und Basel. Das Gleis 1 wird am 19. September 2022 ganz ausser Betrieb genommen. Das neue Perron mit den Gleisen 3 und 4 ist wesentlich breiter und nicht mehr so gefährlich wie vorher. Der Schalter und die Toilettenanlage im Bahnhofgebäude sind schon längere Zeit geschlossen und mit dem Rückbau wird nächste Woche begonnen, was den Zugang zum Gleis 1 während rund drei Wochen erschwert. Vorläufig steht ein WC beim Kiosk gegenüber der Bahnhof-Apotheke zur Verfügung. Ab 25. September 2022 steht das neue WC-Provisorium hinter der Kantonsbibliothek und der provisorische Busbahnhof hinter dem Emma Herwegh-Platz wird bis Ende 2024 in Betrieb genommen. Vom Busbahnhof-Provisorium wird es auch neue Passagen zu den Gleisen 3 und 4 geben, damit es nicht zu stressig wird, um den Zug erreichen zu können. Zudem wird das neue SBB-Reisecentrum beim Busbahnhof-Provisorium installiert und betrieben. Auch die Baugrube und das Fundament für das neue Bahnhofgebäude Nord ist schon erkennbar. Nach dem erfolgreichen Infoapéro im Juni wird nun am 21. September 2022 von 11.00 – 13.30 Uhr ein Info-Café für Einwohnerinnen und Einwohner organisiert.

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Vreni Wunderlin (GLP) informiert darüber, dass die Sitzbänke an der Gitterlistrasse platziert wurden. Sie möchte sich namens aller Bänklibenutzer bei der Stadt und den Sponsoren bedanken.

Traktandenliste

Dominique Meschberger (SP) stellt namens der Postulantinnen den Antrag, dass das Traktandum Nr. 5 «Poststrasse autofrei» (Postulat Nr. 2022-107) von der Traktandenliste der heutigen Sitzung abgesetzt wird, da sie um 18.30 Uhr die heutige Sitzung wegen einem anderen wichtigen Termin verlassen muss.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt fest, dass zu diesem Antrag keine Wortbegehren angemeldet werden und sie deshalb über diesen Antrag abstimmen lässt.

://: Dem Antrag der Postulantinnen wird einstimmig zugestimmt und das Geschäft «Poststrasse autofrei (Postulat Nr. 2022-107)» von der Traktandenliste der heutigen Sitzung abgesetzt.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und die Geschäfte somit gemäss Traktandenliste vom 10. August 2022 und vorgängig beschlossenen Änderung behandelt werden.

188 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Protokolle der Ratssitzungen vom 18.05.2022 und 29.06.2022

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) erklärt, dass das Büro dem Rat die Protokoll-Genehmigung beantragt, da beim Ratsbüro keine Änderungsanträge eingegangen sind. Sie kann feststellen, dass aus dem Rat keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Die Protokolle der Ratssitzungen vom 18.05.2022 und 29.06.2022 werden einstimmig genehmigt.

189 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Parkleitsystem, Kreditantrag zur Realisierung – Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission BPK (Nr. 2022-92)

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten nicht bestritten wird.

Albert Siegwart (GL) stellt als BPK-Vizepräsident den Kommissionsbericht gemäss Vorlage Nr. 2022-92a vor: Die stadträtliche Vorlage hatte recht viel Diskussionsstoff gegeben und diese ist dann von der BPK im Beisein von Stadtrat Daniel Muri und Bereichsleiter Thomas Noack an drei Sitzungen beraten worden. Der Stadtrat hatte mit viel Elan die Kreditvorlage erarbeitet, diese laufend angepasst und mit neuen Preisschildern versehen, damit eine mehrheitsfähige Lösung im Einwohnerrat gefunden werden kann. Es ist das stadträtliche Ziel, dass Autos zukünftig ohne grossen Suchverkehr noch vermehrt unter dem Boden parkiert werden, damit der öffentliche Raum freigespielt werden kann. Die Lenkung der Parkierung in die Parkhäuser und der damit verbundene Gewinn an öffentlichem Raum an der Oberfläche rechtfertigt die relativ grossen Investitionen. Unterstützt wird dies auch mit der neuen Tarifierung der oberflächlichen Parkplätze, was bereits jetzt dazu führt, dass zentrumsnahe Parkplätze für Kurzzeitparkierer besser zur Verfügung stehen. Vor allem die hohen Kosten hatten die BPK beschäftigt. Nicht ganz abschliessend konnte die Frage geklärt werden, ob das neue Parkleitsystem mit Geldern aus dem Parkplatzersatzabgabe-Fonds finanziert werden kann. Dies soll gemäss Juristen der Stadt möglich sein, gemäss kürzlich erfolgten Vorprüfung des Reglements hatte der Kanton aber diesbezüglich Vorbehalte gemacht. Nach dieser Unsicherheit ist die Finanzierungsidee dann deswegen verworfen worden, weil man mit aufgeschalteter Werbung zusätzliche Gelder vereinnahmen könnte. Der Stadtrat hatte auch Gespräche mit den Parkhausbetreibern geführt. Diese finanzieren ihre IT-Infrastruktur selber und leisten einen Beitrag an die Betriebskosten, was aber erst nach der Kreditbewilligung definitiv geregelt werden kann. Die Resultate der verschiedenen BPK-Abstimmungen sind im Kommissionsbericht aufgeführt. In der Schlussabstimmung hatte die BPK das Parkleitsystem an 5 Standorten mit jeweils einem Bildschirm gutgeheissen, weshalb dem Einwohnerrat mit 4 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 1 Enthaltung ein Bruttokredit von CHF 390'000.— beantragt wird.

Ratspräsident Sonja Niederhauser (EVP) bittet den Stadtrat, sich zum Geschäft und Gegenantrag der BPK zu äussern.

Stadtrat Daniel Muri hält fest, dass die BPK dem stadträtlichen Vorschlag nicht in allen Punkten folgt, weshalb mit der Reduktion auf neu 5 Standorte auch der Gegenantrag für einen Kredit von CHF 390'000.— gestellt wird. Der Stadtrat hält an seinem Antrag für 7 Standorte und einem Kredit von CHF 550'000.— aus folgenden Überlegungen weiterhin fest: Der Stadtrat ist nach wie vor der Ansicht, dass wenn wir das gewünschte und unbestrittene Parkleitsystem realisieren wollen, ist es heute der richtige Zeitpunkt dazu. Dies soll in der ganzheitlichen Betrachtung mit allen 7 vorgeschlagenen Standorten umgesetzt werden. In der ganzheitlichen Betrachtung fliessen unter anderem das unbestrittene Bevölkerungswachstum und der Einfluss auf das Verkehrsaufkommen des neuen Bahnhofes mit ein. Dieser ist Drehscheibe mit einer Agglomeration bis zu 60'000 Menschen und wird mit dem Ausbau der Waldenburgerbahn einen Mehrwert erfahren. Auch ist die künftige Entwicklung im Perimeter Rheinstrasse, das heisst vom Schauenburgerkreisel bis zur Altstadt bzw. QP Lüdin, sowie der Neubau des kantonalen Verwaltungsgebäudes mit Parkhaus, der Arealentwicklung bei der EBL und dem neuen Parkhaus beim Kantonsspital zu berücksichtigen, welche bei den stadträtlichen Überlegungen eingeflossen sind. Weiter sieht der Stadtrat mit dem Anbringen von 2 LED-Anzeigen an einigen wenigen Standorten auch die Möglichkeit, Liestal zusätzlich bewerben und Informationen ganz einfach weitergeben zu können. Nicht zuletzt fliesst diese Betrachtung in die Altstadt Liestals ein, da die Attraktivität zunehmen und nebst den Nutzern des hervorragenden öV-Angebotes auch motorisierte Besucherinnen und Besucher zusätzlich nach Liestal locken

wird. Diese werden sich vom hervorragenden Angebot der Detaillisten, den Gastrobetrieben und vielseitigen kulturellen Veranstaltungen überzeugen lassen. Der Stadtrat ist deshalb nach wie vor von seiner Ansicht überzeugt, dass es richtig ist, an allen 7 Standorten und insbesondere eben auch am Standort Schauenburgerkreisel sowie am Standort Burgstrasse festzuhalten. Mit dem Standort Burgstrasse dürfte auch der Suchverkehr im Fischmarkt stark minimiert werden. Es wird deshalb um die Unterstützung des stadträtlichen Antrages mit 7 Standorten und einem Bruttokredit von CHF 550'000.— gebeten. Als Randbemerkung möchte er darüber informieren, dass der Anbieter des neuen Parkleitsystems vor zwei Tagen zugesichert hatte, dass er für den Kreditbetrag gemäss BPK-Antrag von CHF 390'000.— doch 6 Standorte realisieren könnte.

Natalie Oberholzer (GL) verliest den projizierten Änderungsantrag der Grünen Fraktion: *«Der Kredit für die Realisierung des Parkleitsystems beinhaltet die Anzeige des Fischmarktes (und allenfalls weiteren öffentlichen Arealen wie das Gestadeck) nur dann, wenn auf eine Kameraüberwachung im öffentlichen Raum verzichtet wird oder eine Stellungnahme des kantonalen Datenschutzbeauftragten diesbezüglich vorliegt, welche die Verletzung des Datenschutzes vollumfänglich ausschliessen kann.»*

Der Antrag wird damit begründet, dass gemäss stadträtlichen Vorlage die freien Parkplätze im Fischmarkt angezeigt werden sollen, was technisch mit einer Kamera und einer Datenübertragung an das Parkleitsystem passieren soll. Mit einer Kamera- oder Videoüberwachung im öffentlichen Raum habe nicht nur sie persönlich Mühe, denn dies ist doch ein Eingriff in die Privatsphäre, was auch eine Freiheitseinschränkung bedeuten kann. Auch beim Fischmarkt ist nicht sichergestellt, dass Auto-Nummern nicht registriert oder Personendaten erfasst werden. Zur Videoüberwachung im öffentlichen Raum braucht es ein Reglement, doch ist ein solches Reglement für Liestal nicht bekannt. Es müssten somit zuerst die gesetzlichen Grundlagen zur Videoüberwachung geschaffen werden. Aber auch dann sind sich die Antragsteller nicht sicher, ob eine Videoüberwachung für einen solchen Zweck zulässig wäre. Die vom Stadtrat vorgeschlagene Kameraüberwachung würde nur der Verkehrslenkung dienen. Gemäss Checkliste des Kantons für Videoüberwachungsprojekte für Gemeinden ist der Einsatzzweck einer Videoüberwachung beschränkt und darf nur präventiv zur Verhinderung von Straftaten sowie zur Sicherung von Beweismitteln bei Straftaten eingesetzt werden. Und das Parkieren im Fischmarkt ist kein strafrechtlich relevantes Problem. Nur wenn auf die Kameraüberwachung ganz verzichtet wird oder eine saubere Abklärung durch den kantonalen Datenschutzbeauftragten vorgenommen würde, könnte ihre Fraktion einer Anzeige des Fischmarktes und anderen öffentlichen Plätzen wie allenfalls beim Gestadeck usw. zustimmen. Der Rat wird gebeten, den Änderungsantrag ihrer Fraktion zu unterstützen. Eine saubere Abklärung kostet natürlich Zeit, doch wenn auch für den Fischmarkt noch weitere Abklärungen nötig sind, könnte man trotzdem mit der Umsetzung des Parkleitsystems anfangen. Ein nachträgliche Erweiterung der Anzeige würde nicht teurer werden. Der Änderungsantrag verhindert das Parkleitsystem nicht, sondern würde höchstens Fehlinvestitionen verhindern, weil die Anlage gegebenenfalls wegen datenschutzrechtlichen Problemen angepasst oder gar nicht betrieben werden könnte.

Patrick Mägli (SP) bemerkt, dass die Idee eines Parkleitsystems schon länger in Liestal herumgeistert. Die SP-Fraktion ist nach längeren Diskussionen zum Schluss gekommen, dass die Einführung des Parkleitsystems grundsätzlich begrüsst wird. Mit diesem neuen Instrument kann der Suchverkehr reduziert werden, was sehr wichtig ist. Zudem können die Parkhäuser besser ausgelastet werden, womit der Druck auf die oberirdischen Parkplätze abnimmt. Die Autos werden in Parkhäuser in Stedtlinähe versorgt, womit der öffentliche Raum weniger versperrt wird. In der Fraktion wurden die Anträge des Stadtrates und der BPK intensiv diskutiert. Schlussendlich wird aber der stadträtliche Antrag mit 7 Standorten unterstützt, wenn man etwas machen will, dann soll es auch gleich richtig sein und aufgezogen werden, dies trotz der höheren Kosten. Es macht keinen Sinn, zwei Standorte aus dem Stadtratskonzept herauszubrechen, wie es von der BPK vorgeschlagen wird. Den Änderungsantrag der Grünen Fraktion wird seine Fraktion unterstützen.

Peter Bürgin (FDP) legt dar, dass man im Konsens ist, dass Liestal ein Parkleitsystem braucht, damit die oberirdischen Parkplätze entlastet und der Suchverkehr massiv vermieden werden kann. Die Diskussion dreht sich somit um den Umfang sowie die Kosten. Angesichts der finanziellen Situation Liestals ist es auch nachvollziehbar, dass die Kosten ein Thema sein werden. Die Massnahmen werden durch die neue Tarifierung der oberirdischen Parkplätze noch zusätzlich unterstützt. Ob nun das Parkleitsystem aus Geldern des Parkplatzersatzabgabe-Fonds finanziert oder über eine andere Kostenstelle abgewälzt werden muss, spielt dabei keine grosse Rolle, denn das Geld kann auch erst nach der Kreditbewilligung des Einwohner-rates ausgegeben werden. Trotz intensiven Nachfragen und Hinweisen auf die positiven Aspekte des Parkleitsystems sind die Parkhausbetreiber leider nach wie vor nicht bereit dazu, sich an den Kosten des Parkleitsystems zu beteiligen. Nach der Kreditbewilligung müsste dann vom Stadtrat noch sichergestellt werden, dass die Parkhausbetreiber mindestens die notwendigen Anpassungen an ihrer eigenen Infrastruktur selber finanzieren und somit auch die Infos über die freien Parkplätze in ihrem Parkhaus liefern. Auch Optimierungen bezüglich Mehreinnahmen aus der Aufschaltung von Werbeflächen sind nötig. Natürlich kann man den Gegenantrag der BPK und auch den Änderungsantrag der Grünen Fraktion unterstützen, doch die FDP-Fraktion kann nur das Gesamtpaket befürworten und wird somit den stadträtlichen Antrag unterstützen. Denn es ist ein wichtiges Zeichen und eine Image-Aufbesserung, wenn Liestal etwas für diejenigen Besucher investiert, welche mit dem Auto nach Liestal kommen.

Domenic Schneider (GLP) meint als Sprecher der Mitte-Fraktion, dass der Änderungsantrag der Grünen Fraktion bzw. die Videoüberwachung doch sorgfältig angeschaut werden muss. Er versucht nun Videoaufnahmen mit Vakuum zu vergleichen. So gibt es Vakuum, welches erzeugt wird für ein Rasterelektronenmikroskop und es gibt Vakuum, welches beispielsweise für einen Staubsauger erzeugt wird. Vakuum wird immer spezifisch für den Gebrauch erzeugt. Mit den Videokameras beim Parkleitsystem wird anhand von Messungen festgestellt, ob nun ein Parkfeld belegt bzw. unbelegt ist. Menschen, Autonummern usw. stehen somit gar nicht im Fokus der Aufnahmen. Diesbezügliche Abklärungen durch den Datenschützer machen durchaus Sinn, doch soll damit die Einführung des Parkleitsystems nicht verhindert werden. Weil das Parkleitsystem im Rat schon seit längerer Zeit behandelt wird, kommen natürlich auch immer wieder neue Fakten und Meinungen hinzu. Ziel des Parkleitsystems ist es doch, dass die Automobilisten auf freie Parkfelder hingewiesen und die Parkplätze schnell und einfach gefunden werden. Die oberirdischen Parkplätze sind meist belegt, doch in den verschiedenen Parkhäusern hat es immer genügend freie Abstellplätze. Auch musste man vernehmen, dass die Parkhausbetreiber gar nicht viel zum neuen Leitsystem der Stadt beitragen möchten und die Abmachungen mit diesen müssten deshalb rasch möglichst mit diesen vertraglich geregelt werden, damit es später zu keinen bösen Überraschungen kommt. In verschiedenen Städten wird nicht auf die freien Parkplätze an den verschiedenen Orten aufmerksam gemacht, sondern nur der kürzeste Weg zum nächsten Parkhaus aufgezeigt. Kontrovers wurde deshalb diskutiert, ob man sich in Liestal eine digitale Lösung für mehr als eine halbe Million leisten möchte oder ob ein paar analoge Verkehrsschilder mit dem Hinweis auf die Parkhäuser für weniger Geld nicht auch ausreichen dürften. So sprechen sich einige Fraktionsmitglieder gegen das Parkleitsystem aus, doch grossmehrheitlich wird der stadträtliche Antrag unterstützt.

Beat Gränicher (SVP) weist als SVP-Fraktionssprecher darauf hin, dass seine Stellungnahme nicht seiner persönlichen Meinung zu diesem Geschäft entspricht, weshalb er sich bei der anschliessenden Abstimmung als BPK-Mitglied mit seiner Stimme enthalten wird. Die SVP-Fraktion hatte keine Freude am BPK-Bericht und wird die Anträge im Zusammenhang mit der Anschaffung des neuen Parkleitsystems nicht unterstützen. Die Kosten sind zu hoch und es ist nicht sicher, ob die Finanzierung mit dem Parkplatzersatzabgabe-Fonds statthaft ist. Schlecht ist auch, dass sich die Parkhausbetreiber nicht auch an den Kosten beteiligen wollen, womit man mit Steuergeldern auch fremde Unternehmen unterstütze. Die jährlichen Unterhaltskosten wurden noch nie diskutiert. Man frage sich auch, ob Liestal mit 14'000 Einwohnern

auch ein Parkleitsystem zu diesem Preis brauche. Den Änderungsantrag der Grünen Fraktion wird man unterstützen.

Natalie Oberholzer (GL) hält als Fraktionssprecherin der Grünen Fraktion ergänzend zu ihrem vorgängigen Votum und dem gestellten Änderungsantrag fest, dass es ja durchaus Sinn macht, mit Lenkungsmaßnahmen den Suchverkehr eindämmen und die automobilisierten Besucherinnen und Besucher in die Parkhäuser lenken zu können. In Stadtratsvorlage hat es aber einige Punkte, die nicht befriedigend sind. Das Kosten- und Nutzenverhältnis ist beim beantragten Kredit von TCHF 550 sehr hoch, weshalb die Grünen für eine Reduktion auf 5 Standorte plädieren und es soll auch auf die zweite Anzeige auf der Rückseite der Paneelen verzichtet werden. Der Gegenantrag der BPK wird deshalb von ihrer Fraktion als sinnvoll betrachtet. Ebenfalls wird die Finanzierung durch den Parkplatzersatzabgabe-Fonds in Frage gestellt, denn zu Recht wurden vom Kanton Vorbehalte bezüglich der zweckgebundenen Verwendung der Ersatzabgaben angebracht und das Parkleitsystem dürfte wohl kaum unter einen solchen Zweck fallen. Die Grüne Fraktion hat deshalb die Stimmfreigabe bei diesem Geschäft beschlossen.

Thomas Eugster (FDP) nimmt als Einzelsprecher Bezug auf den Änderungsantrag der Grünen Fraktion und informiert darüber, dass das Amt für Datenschutz präventive Vorabkontrollen vor der Umsetzung oder aber eine reaktive Datenschutzprüfung nach der Umsetzung macht. Im Normalfall wird bei personenbezogenen Daten die Stadt verpflichtet, beim Datenschutzbeauftragten vorstellig zu werden und das Projekt vorstellen. Gemäss den Vorabklärungen wird dann ein Bericht erstellt, in welchem beispielsweise auch die zu ergreifenden Massnahmen definiert werden. Der Änderungsantrag der Grünen Fraktion müsste wohl anders formuliert und klarer formuliert werden.

Stefan Fraefel (Die Mitte) empfiehlt die Ablehnung des Änderungsantrages der Grünen Fraktion, denn diesen bedingten Antrag hält er rechtlich für problematisch, weil man ja nur Geld sprechen würde, wenn Zusatzbedingungen erfüllt werden. Kann denn beispielsweise ein Baukredit für eine Schulhaussanierung auch erst dann gesprochen werden, wenn ein Lärmgutachten nachweisen würde, dass dies für die Schüler unproblematisch ist? Und wird der Baukredit erst dann bewilligt, wenn eine bestimmte Firma die Malerarbeiten ausführen darf? Bevor der bedingte Antrag gestellt wird, hätte das Geschäft wohl eher mit einem Rückweisungsantrag an den Stadtrat zurückgewiesen werden müssen, damit dieser die datenschutzrechtlichen Abklärungen treffen kann. Der Einwohnerrat hat die Kompetenz, Geld zu sprechen, darf aber nicht in die Ausführung des Stadtrates eingreifen. Es ist eine absolute Selbstverständlichkeit, dass sich der Stadtrat an das geltende Recht halten muss oder wird dem Stadtrat mit dem formulierten Antrag gar unterstellt, dass dieser etwas Unrechtmässiges mit dem bewilligten Geld tun möchte? Er teilt zudem die Bedenken gemäss Votum des SVP-Fraktionssprechers. Die Parkgebühren sind in Liestal ein Dauerthema und nach der Neutarifizierung durch den Stadtrat sind die Oberflächen-Parkplätze weniger stark belegt. In den Parkhäusern ist man auf der Suche nach einem Parkplatz immer fündig geworden. Mit einer analogen Lösung bzw. dem Aufstellen von Schildern, welche auf das nächste Parkhaus mit freien Parkplätzen hinweisen, dürften sich die Kosten kaum auf eine halbe Million Franken belaufen und freie Parkplätze werden trotzdem gefunden. Es stellt sich schon die Frage, ob die mangelnde Verfügbarkeit an Parkplätzen wirklich ein Parkleitsystem braucht, was er aber schon wegen der aktuellen finanziellen Situation bezweifelt. Und mit dem moderaten Interesse der Parkhausbetreiber am Parkleitsystem hat er schon auch Mühe, wurden diese doch teilweise erheblich mit Steuergeldern mitfinanziert, ohne dass man bei den Tarifen mitbestimmen durfte. Und nun will man diesen ein weiteres Geschenk machen, indem diese dank dem Parkleitsystem und besserer Nutzung ihrer Parkplätze noch Mehreinnahmen generieren können. Und nachdem dieses Geschenk von den Parkhausbesitzern wohl gar nicht angenommen wird, stellt sich dann schon die Frage, was denn die Stadt unternehmen wird, wenn sie die nötigen Daten der Parkhäuser für das Parkleitsystem gar nicht bekommt? Er fragt sich schon, ob wir die Parkhausbetreiber weiterhin mit öffentlichen Geldern unterstützen müssen bzw. wollen. Den mit den gleichen Argumenten könnte man ja mit Infotafeln darüber orientieren, in welchem Einkaufsladen es noch Milch hat

und zu welchem Preis man diese kaufen kann. Schlussendlich denkt er aber doch schon, dass man die Stadtratsvariante unterstützen sollte. Dies in der Überzeugung, dass wenn man schon etwas falsch macht, dann sollte man es auch richtig falsch machen. Er hofft schwer, dass das Parkleitsystem die Erwartungen erfüllt und auch zu Verbesserungen führen wird.

Vreni Wunderlin (GLP) führt aus, dass sie als BPK-Mitglied in der Fraktion doch einen schweren Stand im Zusammenhang mit dem Kommissionsbericht zu diesem Geschäft in der Fraktion hatte. Sie selber befürworte die Realisierung des Parkleitsystems. Es hatte natürlich Sinn gemacht, diese Investition vor Erhöhung der Parkgebühren getätigt worden wäre. Für sie ist die Frage bzgl. 5 oder 7 Standorten nicht von grosser Relevanz. Das Desinteresse der Parkhausbetreiber enttäuscht sie ebenfalls.

Hanspeter Meyer (SVP) unterstützt das Votum von Stefan Fraefel der Mitte-Fraktion. Die Realisierung des Parkleitsystems sollte partnerschaftlich und gemeinsam durch die Stadt und sowie die Parkhausbetreiber passieren. Von den mit Steuergeldern finanzierten Lenkungsmassnahmen profitieren einmal mehr nur die Parkhausbetreiber, denn die Stadt Liestal ist ja nicht einmal anteilmässig an den Parkhaus-Gebühreneinnahmen beteiligt. Und bei einem weiteren Desinteresse der Parkhauseigentümer sieht er keinen Grund dafür, die Parkleitsystem-Lösung noch weiter zu verfolgen, zumal diese ja auch bezüglich der Tarifierung nicht mit sich reden lassen. Liestal ist übersichtlich und die Lenkungsmassnahmen wären wohl auch mit der analogen Lösungsvariante mit Verkehrsschildern zu einem wesentlich günstigeren Preis möglich. Zudem wären die Anzeigetafeln für die Verkehrsteilnehmer eine weitere Ablenkung. Wegen diversen Ungereimtheiten wird er beide Kreditanträge ablehnen. Auch frage er sich, ob das Geschäft zur Klärung der verschiedenen Fragen nicht gar an die BPK zurückgewiesen werden sollte.

Daniel Schwörer (FDP) findet den Stadtratsantrag eine gute Sache, weshalb er und seine Fraktion diesen unterstützen wird. Die Miteinbezugnahme des Fischmarktes in das Parkleitsystem ist sehr wichtig, denn genau dort haben wir wohl den grössten Suchverkehr. Der Änderungsantrag der Grünen Fraktion muss ganz klar abgelehnt werden, denn wie soll den beispielsweise der öffentliche Raum ohne Kameras überwacht werden? Und wenn man die Stellungnahmen des kantonalen Datenschützers kennt, weiss man, dass von diesem nie etwas vollumfänglich ausgeschlossen wird. Die Formulierung des Antrages ist zwar löblich und nachvollziehbar, weil man sicher sein möchte, dass der Datenschutz gewährleistet ist. Selbstverständlich wird der Stadtrat im Zusammenhang mit der Implementierung und Einholung von Bewilligungen auch sicherstellen, dass der Datenschutz gewährleistet wird. Der Änderungsantrag der Grünen Fraktion ist unnötig, gefährlich, verwirrend und unklar, weshalb man diesen ablehnen muss.

Albert Siegwart (GL) hält bezüglich dem Datenschutz fest, dass im Zusammenhang mit dem Fischmarkt die Vorgaben doch zumindest werden und nicht vollumfänglich gewährleistet werden können. Auch ist es so, dass in den Parkhäusern meist viele Parkplätze nicht belegt sind und mit der neuen Tarifierung werden die Autos bereits heute mehr oder weniger in die Parkhäuser gelenkt, weshalb auch die Signalisationstafeln mit dem Hinweis auf das nächste Parkhaus durchaus genügen sollte. Der motorisierte Individualverkehr im heutigen Umfang mit der derzeitigen Technologie ist nicht zukunftstauglich und es wird eine Investition getätigt, von welcher man eigentlich wegkommen sollte. Ihm fehlt es auch an der rechtlichen Grundlage, denn im Parkierungsreglement steht nichts von privaten Parkhäusern, ein Ersatzabgabe-Reglement existiert seines Wissens nach auch nicht und so könnte man doch einen kommunalen Richtplan machen, in welchem etwas über private sowie öffentliche Anlagen und den Verkehr geschrieben sowie die Kostenbeteiligung von Parkhausbetreibern usw. geregelt würde. Er wird sich bei der abschliessenden Abstimmung ebenfalls enthalten.

Richard Gafner (FDP) ist der Meinung, dass wir nach den jahrelangen Parkier-Diskussionen in und um das Stedtl Liestal nun heute doch den Mut haben sollten, einen Schritt in die Zukunft zu machen, indem wir den stadträtlichen Antrag unterstützen. Hinsichtlich dem Änderungsantrag der Grünen Fraktion ist er überzeugt davon, dass der Stadtrat dafür besorgt ist, dass die Umsetzung des Parkleitsystems rechts- und datenschutzkonform erfolgen wird.

Stefan Fraefel (Die Mitte) stellt den Rückweisungsantrag, damit das Geschäft von der Bau- und Planungskommission (BPK) nochmals beraten und Fragen bezüglich Datenschutz, Finanzierung mittels Parkplatzersatzabgabefonds, Beteiligung der Parkhausbetreiber usw. geklärt werden können.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) bittet die Ratsmitglieder, sich nun zum Ordnungs- und Rückweisungsantrag zu äussern.

Thomas Eugster (FDP) erklärt, dass die FDP-Fraktion den Rückweisungsantrag ablehnt, da auch die nochmalige BPK-Beratung keine neuen Erkenntnisse bringen wird und verschiedene Fragen vom Stadtrat im Rahmen der Implementierung der Neuinvestition geklärt werden müssen.

Natalie Oberholzer (GL) informiert, die Grüne Fraktion werde den Rückweisungsantrag unterstützen, damit nebst der Datenschutzfrage auch all die anderen Fragen nochmals thematisiert und geklärt werden können. Erwähnen möchte sie auch, dass sich kein einziges BPK-Mitglied für den stadträtlichen Antrag ausgesprochen hatte.

Patrick Mägli (SP) gibt bekannt, seine Fraktion werde den Rückweisungsantrag ebenfalls ablehnen und kann grundsätzlich die Argumente des FDP-Fraktionssprechers unterstützen.

Markus Rudin (SVP) orientiert, die SVP-Fraktion wird dem Rückweisungsantrag zustimmen. Die BPK war sich in keinem einzigen Punkt einig gewesen und es macht Sinn, dass die verschiedenen Fragen und Varianten sauber abgeklärt werden.

Thomas Eugster (FDP) hält ergänzend zu seinem vorgängigen Votum bezüglich dem Parkplatzersatzabgabe-Reglement fest, dass es im bestehenden Reglement eine juristische Unklarheit gibt und es auch nach der nochmaligen BPK-Beratung keine schlüssigen Antworten geben wird.

Stadtrat Daniel Muri bemerkt, dass er einige Voten der heutigen Sitzung bereits an den drei vorgängigen BPK-Sitzungen gehört hatte. Er kann nur nochmals bestätigen und garantieren, dass der Stadtrat als Exekutive sicher nicht eine Überwachung zulassen wird, welche nicht rechtens wäre.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und sie nun über den Rückweisungsantrag abstimmen lässt.

://: Der Rückweisungsantrag von Stefan Fraefel (Die Mitte) wird mit 10 Ja-Stimmen gegen 21 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) erklärt, dass sich nun noch weitere Einzelsprecherinnen und Einzelsprecher zu Wort melden können.

Bernhard Bonjour (SP) findet den Antrag der Grünen Fraktion völlig klar und es braucht zuerst eine Bestätigung des Datenschutzbeauftragten, bevor die Umsetzung im Fischmarkt vorgenommen wird. Zudem schadet der Antrag ja nicht.

Beat Gränicher (SVP) führt aus, dass die SVP-Fraktion ihre Meinung geändert hat und den Änderungsantrag der Grünen Fraktion nicht unterstützen wird.

Daniel Schwörer (FDP) nimmt Bezug auf das vorgängige Votum von Bernhard Bonjour (SP) und stellt fest, dass der Antrag doch schade, denn man muss nicht etwas beschliessen, was eine andere Instanz sowieso gemäss Rechtsgrundlage tun muss. Der Antrag ist zudem passiv formuliert, was die Problematik ergibt, dass man nicht genau weiss, wer was entscheiden soll. Gefährlich ist es, wenn Dinge beschlossen werden, welche vermeintlich klar sind, obwohl diese in einer anderen Zuständigkeit liegen oder der Antrag passiv formuliert ist. Es ist so, dass der Einwohnerrat über einen Kredit zu entscheiden hat und der Stadtrat für die Umsetzung verantwortlich zeichnet. Aus erwähnten Gründen muss der Änderungsantrag der Grünen Fraktion abgelehnt werden.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt fest, dass die Meinungen wohl gemacht sind, zumal keine weiteren Wortbegehren mehr aus dem Einwohnerrat und auch Stadtrat angemeldet werden.

://: Der Änderungsantrag von Natalie Oberholzer der Grünen Fraktion bezüglich der Einhaltung von Datenschutzbestimmungen bei der Realisierung des Parkleitsystems wird mit 11 Ja-Stimmen gegen 23 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) kann feststellen, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden und sie nun über die vorliegenden Anträge des Stadtrates und der BPK abstimmen lässt. Anschliessend wird noch eine Schlussabstimmung durchgeführt.

://: Dem stadträtlichen Antrag für einen Kredit von CHF 550'000 inkl. MWST für die Realisierung des Parkleitsystems stimmen 21 Ratsmitglieder zu.
Der Gegenantrag der Bau- und Planungskommission (BPK) für einen Kredit von CHF 390'000 inkl. MWST für die Realisierung des Parkleitsystems mit 5 Standorten wird von 9 Ratsmitgliedern unterstützt.
6 Ratsmitglieder enthalten sich der Stimme.

://: In der Schlussabstimmung beschliesst der Einwohnerrat mit 19 Ja-Stimmen gegen 8 Nein-Stimmen bei 9 Enthaltungen einen Kredit von CHF 550'000 inkl. MWST für die Realisierung des Parkleitsystems gemäss stadträtlichem Antrag.

190 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Fragestunde

1. Frage / Natalie Oberholzer (GL) – Klima und Nachhaltigkeitsstrategie

Im heutigen Zwischenbericht des Stadtrates betreffend Klima und Klimawandel heisst es, dass die Nachhaltigkeitsstrategie bis im Herbst 2022 stehen soll. Wie sieht es mit den Resultaten zur IST-Analyse aus? Liegen Daten und Berichte zum IST-Zustand bereits vor und können vorgängig eingesehen werden? Ab wann und wo wären diese abrufbar?

Stadtpräsident Daniel Spinnler: Im ENCO-Bericht, welcher als Beilage zur stadträtlichen Vorlage Nr. 2022-115 beigelegt ist, ist eine Analyse abgebildet. Bereits an dieser Stelle möchte er auf die neuen «Karton-Becher» verweisen, welche neu im Rathaus verwendet werden, denn als erstes Resultat ist man von den bisherigen Plastikbechern weggekommen. Weitere Daten werden dann im Schlussbericht aufgezeigt und publik gemacht.

2. Frage / Sibylle Schenker (GL) – Fremdsprachenklassen

Wie ist die aktuelle Situation an der Primarschule Liestal punkto Fremdsprachenklassen? Ist die Zunahme von Flüchtlingskindern spürbar an deren Klassengrössen oder mussten respektive konnten weitere Klassen gebildet werden? Falls ja, sind Raum- und Personalbedarf gedeckt?

Stadtrat Lukas Felix: Aktuell haben wir 14 Kinder in der Fremdsprachenklasse (FSK) und somit ist diese Klasse gut gefüllt. Es mussten keine weiteren FSK gebildet werden. Die Fremdsprachenintegrationsklasse wird seit einem Jahr im Rotackerschulhaus geführt und belegt ein reguläres Klassenzimmer. Das zur Verfügung stehende Pensum konnte fristgerecht besetzt werden.

3. Frage / Sibylle Schenker (GL) – Wasserturmplatz/Törlplatz

Auf dem Wasserturmplatz/Törlplatz herrscht zwar Langsamverkehr, trotzdem sind brenzlige Situationen nicht selten. Wäre es denkbar, mit einem Stoppschild statt mit Vortrittszeichen von der Burg her, die Aufmerksamkeit der Verkehrsteilnehmer*innen zu erhöhen?

Auch wenn es vielleicht sowieso zu einer Veränderung kommen wird, wäre das eine unkomplizierte und kostengünstige Veränderung, die für mehr Sicherheit sorgen würde bis zur Neuregelung. Meine um ein Haar umgefarene Nachbarin und ich würden es sehr begrüßen.

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Die geschilderte Situation ist tatsächlich schwierig und die Stadt ist beim Kanton diesbezüglich bereits mehrmals vorstellig geworden. Dieser befürwortet aber auch keine Priorisierung der Kasernenstrasse. Im Zusammenhang mit dem Verkehrsregime bei der Büchelstrasse wird es bestimmt auch wieder Änderungen geben.

4. Frage / Stefan Fraefel (Die Mitte) – Sandkästen der öffentlichen Spielplätze

Die Sandkästen bei den öffentlichen Spielplätzen sind immer wieder mit Katzenkot verdreckt. Ein Problem, das sich kaum beseitigen, wohl aber minimieren kann, wenn Abdeckplanen vorhanden sind. Solche fehlen jedoch teilweise gänzlich oder sind stark beschädigt und dadurch funktionslos. Werden die Spielplätze regelmässig kontrolliert?

Kann dem vorstehend Beschriebenen Abhilfe geschaffen werden, z.B. durch neue Abdeckplanen und/oder Austausch Sand?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Liestal die 5 Sandkästen ausserhalb der Schulanlagen werden von der Stadt rund 4 – 5 x jährlich geprüft. Eine externe Sicherheitsüberprüfung wird jährlich durchgeführt. Der Sand wird im Frühjahr nachgefüllt und alle 3 Jahre ersetzt. Auch die Abdeckplanen werden regelmässig überprüft und dann gegebenenfalls repariert oder ersetzt. Es wird von den Spielplatzbenützern erwartet, dass sie die Abdeckung nach Gebrauch des Sandkastens auch wieder montieren.

5. Frage / Stefan Fraefel (Die Mitte) – Parkplatzeinnahmen sei Einführung neuer Gebühren
Wie hoch sind die Einnahmen aus den Parkplätzen in den Monaten Mai/Juni/Juli/August 2022 in der Parkplatzzone B (Zentrum) sowie den Parkplätzen Allee und Gestadeck (Zone C)? Entsprechen diese Einnahmen den budgetierten Einnahmen? Wenn nein, warum nicht? Wie hoch waren die Einnahmen in den Vergleichsperioden der letzten Jahre (Gratis-Stunde, Gratis-Halbstunde, vor Einführung Gratiszeit)?

Stadtrat Daniel Muri: Der Stadtrat wird die Zahlen über einen repräsentativen Zeitraum sorgfältig erheben und analysieren sowie im Dezember auf der Grundlage seiner Analyse entscheiden, ob allenfalls Anpassungen an der Parkierungsverordnung nötig sind.

6. Frage / Stefan Fraefel (Die Mitte) – Belegungszahl Parkhäuser
Wie entwickeln sich die Belegungszahlen der öffentlichen Parkhäuser seit Mai 2022? Wie haben sich diese Belegungszahlen gegenüber den Vorjahren in der gleichen Zeitperiode verändert? Verfügt der Stadtrat überhaupt über entsprechende Zahlen? Wenn nein, warum nicht?

Stadtrat Daniel Muri: Zum jetzigen Zeitpunkt verfügt der Stadtrat nicht über die Belegungszahlen der Parkhäuser. Die Parkhäuser sind im Privatbesitz und somit müssen diese dem Stadtrat keine Rechenschaft über die Belegungszahlen ablegen.

7. Frage / Stefan Fraefel (Die Mitte) – Parameter der Zielerreichung neues Parkierkonzept
Anhand welcher konkreter Parameter wird der Erfolg des neuen Parkierkonzepts gemessen?

Stadtrat Daniel Muri: Der Stadtrat hat dem Einwohnerrat mit dem Parkierungskonzept seine Ziele zur Kenntnis gebracht. Daran wird dann der Erfolg gemessen.

8. Frage / Stefan Fraefel (Die Mitte) – Zwischenbilanz über Erfolg neues Parkierkonzepts
Wann wird über den Erfolg des neuen Parkierkonzepts Bilanz gezogen? Wie beurteilt der Stadtrat den Erfolg des neuen Parkierkonzepts zur Zeit? Können die gesteckten Ziele mutmasslich erreicht werden? Wenn nein, was unternimmt der Stadtrat, um die Ziele zu erreichen?

Stadtrat Daniel Muri: Der Stadtrat wird die Zahlen über einen repräsentativen Zeitraum sorgfältig erheben sowie analysieren und im Dezember auf der Grundlage seiner Analyse entscheiden, ob allenfalls Anpassungen an der Parkierungsverordnung nötig sind.

9. Frage / Stefan Fraefel (Die Mitte) – Plan B für Parkierkonzept
Hat der Stadtrat einen Plan B, falls das neue Parkierkonzept scheitert? Wie sieht dieser aus? Oder ist ein Scheitern des neuen Parkierkonzepts gar nicht vorgesehen?

Stadtrat Daniel Muri: Es braucht keinen Plan B. Der Stadtrat wird die Zahlen über einen repräsentativen Zeitraum sorgfältig erheben und analysieren. Im Dezember wird er auf der Grundlage seiner Analyse entscheiden, ob allenfalls Anpassungen an der Parkierungsverordnung nötig sind.

10. Frage / Stefan Fraefel (Die Mitte) – Zusatzgebühren mittels App Easypark
Beim Parkieren mittels der App Easypark wird zusätzlich zu den Parkgebühren ein Zuschlag von mind. 19 Rappen erhoben, bei langen Parkdauern sogar über CHF 1.00. 10 Minuten Parkieren kosten somit nicht 40 Rp., sondern 59 Rp. Der Zuschlag muss nicht bezahlt werden, wenn man ein Parkticket am Automaten kauft und offenbar auch nicht in der App Parkingpay. Warum werden diese Zusatzgebühren verlangt? Wäre es nichtsinnvoll und fairer, wenn diese Zusatzkosten zu Lasten der Stadt gingen?

Stadträtin Pascale Meschberger: Bei den Gebühren handelt es sich um Transaktionsgebühren für die Bezahlung mit einer hinterlegten Kreditkarte. Die Gebühren sind in den Geschäftsbedingungen angegeben. Die Kunden können selbst bestimmen, für welche App sie sich entscheiden.

11. Frage / Stefan Fraefel (Die Mitte) – Akzeptanz Gewerbeparkkarten

Auf den Parkplätzen der Zone B (Zentrum) sind vermehrt Fahrzeuge mit Gewerbeparkkarten (GPK) anzutreffen, obwohl die GPK gemäss § 37e Strassengesetz BL in Parkzonen mit Parkbeschränkungen unter 2 Stunden keine besonderen Berechtigungen erteilt, d.h. auch Fahrzeuge mit GPK müssten ein Parkticket kaufen und die Höchstparkzeit beachten.

Werden diese Fahrzeuge regelmässig gebüsst?

Wenn nein, warum nicht?

Stadträtin Pascale Meschberger: Anfänglich wurden diese Fahrzeuge gebüsst. Die Situation ist aber tatsächlich unbefriedigend, doch hat man noch keine gute Lösung gefunden.

12. Frage / Stefan Fraefel (Die Mitte) – Empfehlungen des Eidg. Preisüberwachers

Der Eidgenössische Preisüberwacher hat unlängst zu hohe Parkplatzgebühren in der Schweiz kritisiert. Er empfiehlt höchstens CHF 1.50 pro Stunde resp. höchsten CHF 15.00 für 12 Stunden zu verlangen. Die Gebühr in den Zonen A und B ist teilweise über doppelt so hoch wie diese Empfehlung, in der Zone C kosten die Hälfte von 12 Stunden – also 6 Stunden – bereits CHF 13.50. Gleichwohl plant der Stadtrat eine weitere Erhöhung in der Zone B auf CHF 4.00.

Wie beurteilt der Stadtrat die Parkierpreise in Liestal in Anbetracht der Empfehlungen des Preisüberwachers?

Hält der Stadtrat an einer weiteren Gebührenerhöhung fest oder zieht er eine Senkung in Betracht?

Stadtpräsident Daniel Spinnler: Gemäss Artikel 12 des Überwachungsgesetzes besteht Wettbewerb dann, wenn die Abnehmer die Möglichkeit haben, ohne erheblichen Aufwand auf vergleichbare Angebote auszuweichen. Der Stadtrat ist der Meinung, dass bei 97 Parkplätzen in der Zone A von total rund 1000 Parkplätzen genug Möglichkeiten bestehen, dass genügend Ausweichmöglichkeiten und unterschiedliche Tarife in verschiedenen Höhen vorhanden sind. Zusätzlich muss der Preisüberwacher noch zusätzlich öffentliche Interessen wie beispielsweise die Vermeidung von Suchverkehr usw. in Betracht ziehen, was ja vom Stadtrat auch angestrebt wird.

13. Frage / Stefan Fraefel (Die Mitte) – Parkgebühren auf Parkplatz Schwimmbad Gitterli

Auf dem Parkplatz des Schwimmbads Gitterli kosten 30 Minuten Parkieren nichts, danach jede Stunde ein Franken. Angeblich seien diese Tarife erforderlich, um konkurrenzfähig zu sein gegenüber anderen Bädern. Auch wenn es sich beim Schwimmbad Gitterli um eine eigenständige AG handelt, so finanziert die Stadt Liestal den Betrieb zu einem erheblichen Teil.

Hält es der Stadtrat unter diesen Umständen für fair gegenüber dem Liestaler Gewerbe, beim quasi-eigenen Schwimmbad günstige Parkiertarife zu erheben als im Stedtli inklusive den angrenzenden Parkhäusern?

Stadtrat Lukas Felix: Die Antworten gibt sich der Fragesteller ja wohl gleich selber. Die Hoheit für die Tarifgestaltung für die eigenen Parkplätze liegt in der Kompetenz der Gitterli Bad AG. Im Gitterlibad sind die Tarife bereits am 1. Januar 2022 erhöht und auch die Gratisparkstunde abgeschafft worden. Die ersten 30 Minuten kosten zwar nichts, sind aber für die Schwimmbadbesucher nicht ausreichend und eher für Eltern gedacht, die ihre Kinder beispielsweise in den Schwimmunterricht bringen. Parkiert man länger als 30 Minuten, sind auch die ersten 30 Minuten gebührenpflichtig. Auch nach der Gebührenerhöhung sind die Parkplätze gleich gut belegt, wie dies vorher der Fall war.

14. Frage / Stefan Fraefel (Die Mitte) – Umsatzeinbrüche in Geschäften, Ladensterben

Diverse namhafte Geschäfte im Liestaler Stedtli sollen seit Mitte Mai 2022 Umsatzeinbrüche von verbreitet bis zu 30%, in Einzelfällen sogar bis zu 50% erlitten haben. Die Geschäfte führen den Umsatzeinbruch auf die neuen, zeitgleich in Kraft getretenen Parkiergebühren zurück.

Hat der Stadtrat Kenntnis von der Not der Geschäfte?

Ist er gewillt, ein weiteres Ladensterben zu verhindern? Wenn ja, wie?

Stadtpräsident Daniel Spinnler: Die Stadt Liestal hat keinerlei Daten, um die Umsatzangaben überprüfen zu können. Und mit welchen Jahren werden die Umsätze verglichen. Während den letzten Jahren mit der Corona-Pandemie waren beispielsweise die Umsätze bei den Frischprodukten höher als vorher. Die Lage der Detaillisten und Gastronomen, welche mit Trends wie Onlinehandel, verändertes Kundenverhalten wegen Corona, Zunahme an Lieferservice-Angeboten usw. zu kämpfen haben, sind dem Stadtrat auch bekannt. Mit dem Projekt «Stedtli 2030» wird man sich auch dieser Problematik widmen. Wichtig ist aber doch die Förderung einer positiven Kommunikation, denn eine Reduktion des Stedtli Liestal auf seine Parkgebühren sind nicht förderlich und schaden nur. Gemäss Rückmeldungen von KMU Liestal sowie einigen Detaillisten im Stedtli kann doch auch festgehalten werden, dass viele Geschäftsinhaber doch auch sehr zufrieden sind. Für die Altstadt Liestal wurde viel gemacht und viele andere vergleichbare Städte sind gar eifersüchtig auf den Betrieb und das Angebot im Stedtli Liestal.

15. Frage / Benjamin Erni (EVP) – Energiemangellage

Der Kantonale Führungsstab Basellandschaft hat darüber informiert, dass eine Energiemangellage in den kommenden Herbst- und Wintermonaten nicht ausgeschlossen werden kann. Da dies auch Liestal betrifft bitte ich den Stadtrat um die Beantwortung folgender Frage: Wie geht Liestal mit dieser drohenden Mangellage um, gibt es einen «Notfallplan» und wie sieht dieser aus?

Stadträtin Pascale Meschberger: Die Massnahmenplanung wird aktuell vom Kantonalen Führungsstabes in Zusammenarbeit mit den regionalen Führungsstäben erstellt. Eine «Notfallplanung Liestal» gibt es nicht.

16. Frage / Benjamin Erni (EVP) - Energiekrise

Betreffend einer möglichen Energiekrise bitte ich den Stadtrat folgende Fragen zu beantworten: Wieviel und wo kann Energie in stadt eigenen Einrichtungen gespart werden (auch präventiv)? Wie kann die Bevölkerung für das Thema sensibilisiert werden?

Stadträtin Pascale Meschberger: Dies wird aktuell zusammen mit dem kantonalen Führungsstab erarbeitet. Die Sensibilisierung ist wohl schon so weit fortgeschritten, dass man eher wieder in der Bevölkerung etwas Angst wegnehmen müsste. Wenn konkrete Tipps und Empfehlungen vorhanden sind, wird man diese dann auch bestimmt kommunizieren.

17. Frage / Vreni Wunderlin (GLP) – Parzelle 1675 Heidenlochstrasse

Diese Parzelle gehört dem Kanton, sowie ich gesehen habe. Hier gibt es einen geteerten Platz (ehemals Brücke über die Frenke, die stillgelegt ist). Auf diesem Areal werden willkürlich Auto, vorallem Wohnmobile gratis parkiert. Wäre es nicht möglich, dass die Stadt diesen Platz bewirtschaften kann?

Stadtrat Daniel Muri: Wir danken für den Hinweis und werden diesen prüfen.

18. Frage / Vreni Wunderlin (GLP) – Situation Bushaltestelle Stadion

Beide Bushaltestellen werden durch die ansässigen Schulen (JMS, Privatschule Unica, Schule Frenkenbündten) stark frequentiert. Die SchülerInnen stehen zum Teil auf der Strasse. Damit unsere Schüler vom Verkehr besser geschützt sind, müssten hier geeignete Massnahmen getroffen werden. Gibt es solche Möglichkeiten?

Stadtrat Daniel Muri: Er kennt die Situation von seinem Arbeitsweg her und kann die Beobachtungen unterstützen, aber wie könnte man denn dort für Sicherheit sorgen, zumal es sich um eine Kantonsstrasse handelt? Mit Drohnen, welche die Schüler oder Verkehrsteilnehmer von oben herab warnen? Mit der Präsenz von Securitas? Die Montage von Geländern auf beiden Seiten der Strasse dürfte auch nichts bringen, da die Geländer wohl lediglich als Sitzgelegenheit benützt würden, wie dies früher beispielsweise beim Törlplatz auch gemacht wurde. Der Stadtrat kann sich nicht um die Sicherheit jedes einzelnen Kindes kümmern und appelliert auch auf die Eigenverantwortung der Schüler und Schülerinnen.

19. Frage / Vreni Wunderlin (GLP) – Weiss markierte Parkplätze

Wie sehen die Regeln für die weiss markierten Parkplätze aus? Oft stehen die Autos tagelang auch nachts auf diesen Plätzen. Gibt es hier Kontrollen?

Stadträtin Pascale Meschberger: Die Regeln stehen im Parkier-Reglement und in der Parkierverordnung. Aufgrund dieser Vorschriften werden regelmässig Kontrollen durchgeführt und die Fehlbaren werden gebüsst.

20. Frage / Patrick Mägli (SP) – 4-Spur-Ausbau: Gartenstrasse/Bruckackerstr

Die Erweiterung des Burggrabens schreitet voran. Auf der Südseite stehen nun an der Stelle der Steinkörbe und der Böschung hohe Betonwände. Die entstandenen Gräben zwischen Garten- respektive Bruckackerstrasse und den Betonwänden werden nun langsam aufgefüllt. Gibt es öffentlich zugängliche Pläne der Stadt Liestal und der SBB zur künftigen Gestaltung der Garten- und Bruckackerstrasse? Wie sehen sie aus?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Die erwähnten Flächen sind im Eigentum der SBB. Den Plan hat sie ausgedruckt und wird diesen dem Fragesteller anschliessend übergeben. Es sollen bei der Bruckackerstrasse wieder die entfernten Parkplätze erstellt werden. Entlang der Gartenstrasse soll ein Mergelweg parallel zur Strasse gebaut werden. Die restlichen Flächen wurden als Grünflächen bezeichnet. Die Verwaltung ist bezüglich dieser Grünflächen zwischen Strasse und Stützmauer mit der SBB in Kontakt.

21. Frage / Bernhard Bonjour (SP) – Aufnahme von Flüchtlingen aus Ukraine

Bewährt sich die Unterbringung von Flüchtlingen bei Privaten?

Welche Hilfen bietet die Stadt an?

Werden genügend Deutsch-Kurse angeboten und werden sie von den Geflüchteten genutzt?

Stadträtin Pascale Meschberger: Die Unterbringung bei Privaten hat sich bewährt. Die Meisten haben jetzt eine eigene Wohnung gefunden. Die Bedürfnisse der Flüchtlinge werden laufend eruiert und über den runden Tisch Ukraine werden Lösungen erarbeitet und angeboten. Ja, es gibt genügend Deutschkurse, welche gut genutzt werden.

22. Frage / Bernhard Bonjour (SP) – Flüchtlinge aus Ukraine in Schule Liestal

Wie entwickeln sich die Zahlen?

Konnte die Schule Liestal alle Kinder, die aus der Ukraine geflüchtet sind, aufnehmen?

Bewähren sich die Massnahmen, welche die Schule Liestal bisher ergriffen hat?

Sind weitere Massnahmen geplant?

Stadtrat Lukas Felix: Im Juni und Juli sind weitere Familien mit Kindern aus der Ukraine zugezogen. Im Moment besuchen 16 Kinder aus der Ukraine die Primarstufe Liestal. In vielen Fällen haben die Leute in Liestal eine Wohnung bezogen und leben nun nicht mehr bei Gastfamilien. Die Schule ist verpflichtet die Schülerinnen und Schüler zu beschulen. Bei der Klassenzuteilung werden vor dem Entschied verschiedene Aspekte geprüft. Jüngere Kinder im Kindergartenalter oder in der 1. Klasse, welche alphabetisiert werden müssen, werden oft direkt in Regelklassen eingeteilt. Diese Klassen werden mit zusätzlichen Starterlektionen unterstützt. Wir konnten in der Zwischenzeit Lehrpersonen rekrutieren, die auch Ukrainisch sprechen. Weitere Massnahmen sind im Moment nicht nötig und auch nicht geplant.

23. Frage / Reto Derungs (SP) – Knoll-Areal im Oristal, Arealentwicklung

In der Basellandschaftlichen Zeitung vom 28. April 2020 war zu lesen: Liestals Pharma-Traum ist ausgeträumt. Das Pharmazell-Werk im Oristal ist Geschichte. Der Stadtpräsident sieht Liestal heute eher als Gesundheits- denn als Pharma-Cluster.

Frage: Wie geht es nun weiter mit diesem Areal?

Stadtpräsident Daniel Spinnler: Die Firma Pharmazell ist bereits seit 2019 nicht mehr in Betrieb. Mit dem Besitzer ist man immer wieder in Kontakt und was mit dem Areal passieren soll, ist nach wie vor nicht klar bzw. bekannt. Seitens Stadtrat ist mit dem QP Im Oristal klar kommuniziert worden, dass das dortige Gebiet in der Gewerbezone liegt und dies auch so bleiben soll.

24. Frage / Domenic Schneider (GLP) – Mögliche Energiekrisen + Versorgungsengpässe

Blackout, Gaslieferstopp und Wasserknappheit sind die Schlagworte der Stunde und viele Menschen fürchten, dass diese Szenarien schon bald Realität werden könnten. Auf verschiedensten Ebenen bereitet man sich auf mögliche Versorgungsengpässe vor und prüft, wo man Energie und Wasser sparen kann.

Frage 1: Können beispielsweise die Strassenbeleuchtung reduziert oder die Beleuchtung der Schaufenster und Leuchtreklamen in der Nacht vollständig abgestellt werden?

Frage 2: Welche Auswirkungen, Massnahmen könnten auf die Liestaler Bevölkerung und Unternehmen zukommen?

Stadträtin Pascale Meschberger: Sinnvolle Massnahmen werden derzeit vom kantonalen Führungsstab zusammen mit den regionalen Führungsstäben geprüft und erarbeitet. Es gibt verschiedene Szenarien und man weiss noch nichts Genauereres.

25. Frage / Domenic Schneider (GLP) – SBB-Schalter, Standort

Aufgrund der Baustelle wurde der Schalter in einen Container verlegt, welcher ungefähr auf Höhe der ehemaligen Firma Buser positioniert ist. Vor allem für ältere ÖV-Reisende ist das ein weiter Weg. Und wer mit dem U-Abo vom Bus kommt und ein Ticket für einen überregionalen Zug benötigt, wird den Anschluss sicher nicht schaffen.

Gibt es Möglichkeiten, wo dieser temporäre Schalter besser stationiert werden könnte?

Beispielsweise auf dem Gerichts-Parkplatz oder auf dem Platz neben der Einfahrt ins Parkhaus?

Und könnte die SBB irgendwie motiviert werden, diesen Container anders zu platzieren?

Stadtrat Daniel Muri: Der Standort des SBB-Schalters ist tatsächlich nicht optimal, was die SBB und Stadt auch länger beschäftigt hatte. Diverse Optionen wurden abgeklärt. So die Einnmietung in der Post, die Nutzung des Gerichtsparkplatzes, eine Nutzung der alten Coop-Bäckerei oder eine temporäre Erweiterung der Brücke über der Oristalstrasse usw., doch mussten alle verworfen werden. Stadträtin Marie-Theres Beeler hatte ja eingangs der Sitzung über die verschiedenen Bezugsorte von SBB-Tickets informiert.

191 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Wohnheim für Asylsuchende, Ersatzbaute – Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission BPK (Nr. 2022-105)

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten nicht bestritten wird.

Albert Siegwart (GL) stellt als BPK-Vizepräsident den Kommissionsbericht gemäss Vorlage Nr. 2022-105a vor: Die Vorlage ist von der BPK im Beisein von Stadtrat Daniel Muri sowie Bereichsleiter Thomas Noack an einer Sitzung beraten worden und das Geschäft war unumstritten. Das Gebäude ist alt und seit längerer Zeit unbenutzt, deshalb auch nicht mehr benutzbar. Der bestehende Grundriss muss wegen den Grenzabständen beibehalten werden. Mit dem Neubau werden 8 Wohnungen mit einfachen Küchen und Nasszellen erstellt. Und wenn das WAL mit Asylbewerbern ausgelastet ist, können die Wohnungen von Sozialhilfeempfängern vorübergehend genutzt werden. Mit dem Architekten besteht ein Generalplanervertrag, das Planerwahlverfahren ist nach SIA 144 erfolgt und die Auftragsvergabe erfolgt in Abhängigkeit der honorarberechtigten Bausumme. Das Architektenhonorar beträgt total TCHF 240. Das Gebäude wird als Minergie eco A Standard ausgeführt, aber nicht unbedingt zertifiziert. Es wird eine Photovoltaikanlage montiert und mit allfälligem überflüssigem Strom wird Warmwasser erzeugt. Bei der Umgebungsgestaltung werden einheimische Pflanzen, Magerwiesen sowie Wildhecken bei der Gestaltung berücksichtigt. Die BPK ist sich einig, dass das Projekt den geforderten Bedürfnissen entspricht und auch zweckmässig sowie nachhaltig ist. Der stadträtliche Baukredit-Antrag wird einstimmig unterstützt.

Vreni Wunderlin (GLP) hält fest, dass ein ortsansässiger Architekt den Zuschlag bekommen hat. Das WAL konnte im jetzigen Zustand nicht mehr genutzt werden und vor drei Jahren hatte Liestal einen Zuweisungsstopp für Asylsuchende bekommen. Nach Abschluss der Bauarbeiten im Jahr 2024 werden 41 Plätze zur Verfügung stehen. Zwei Wohnungen sind hindernisfrei, was begrüssenswert ist. Bei einer Auslastung von 30 Personen können die Kosten der Stadt gedeckt werden. Das neue Wohnheim entspricht den Bedürfnissen, ist zweckmässig und kann wieder über lange Jahre genutzt werden. Die Mitte-Fraktion wird den Anträgen des Stadtrates und der BPK zustimmen.

Peter Bürgin (FPD) teilt mit, auch die FDP-Fraktion wird dem beantragten Baukredit zustimmen. Es ist unbestritten, dass das WAL baufällig ist und einem Neubau weichen muss. Die Notwendigkeiten an das neue Gebäude sind genau geprüft und abgeklärt worden. Obwohl die Gebäudegrundlinien beibehalten werden müssen, kann das WAL dank einer guten Raumplanung das Gebäude künftig besser nutzen. Mit der Vielfachnutzung von Asylsuchenden und Sozialhilfeempfängern ist eine Optimierung der Auslastung möglich, was zu einer besseren Kostendeckung führen wird. Es sollte aber vermieden werden, dass mit dem zusätzlichen Angebot an Wohnräumen gar noch Sozialhilfeempfänger angelockt werden.

Michael Durrer (GL) bemerkt, dass die Grüne Fraktion dem Baukredit ebenfalls zustimmen wird und vom Projekt rundum überzeugt ist. Das neue WAL wird wesentliche Verbesserungen für die Asylsuchenden mit sich bringen und auch eine anderweitige Nutzungsmöglichkeit dürfte zu einer Auslastungs-Optimierung führen, doch hat er keine Befürchtungen, dass mit dem neuen Wohnungsangebot gar noch Sozialhilfeempfänger angelockt werden. Das Projekt hat verschiedene ökologische Vorteile, welche trotz den knappen finanziellen Ressourcen dennoch realisiert werden können.

Beat Gränicher (SVP) führt aus, dass auch die SVP-Fraktion dem Stadtratsantrag zustimmen wird. Es war am Schluss schon beschämend, wie die Leute im WAL schlussendlich wohnen mussten. Er ist nun froh, dass sich dies mit dem Neubauprojekt wesentlich ändern wird.

Patrick Mägli (SP) informiert, dass die SP-Fraktion vom Projekt sowie dem Nutzungskonzept ebenfalls überzeugt ist und dem beantragten Baukredit ebenfalls zustimmen wird. Der Neubau entspricht den heutigen Anforderungen.

Stadtrat Daniel Muri dankt für die positiven Rückmeldungen der Fraktionssprecher und freut sich, dass mit der Bewilligung des beantragten Kredites nun doch wieder ein neues und menschenwürdiges Wohnheim für Asylsuche geschaffen werden kann.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) kann feststellen, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und sie über den stadträtlichen Antrag abstimmen lässt, welcher von der BPK unterstützt wird.

://: Dem stadträtliche Antrag für den Baukredit des Wohnheimes für Asylbewerber in der Höhe von CHF 2'600'000 inkl. MWST mit einer Kostengenauigkeit von +/- 10 % wird einstimmig zugestimmt.

192 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Zwischenbericht des Stadtrats (Nr. 2022-115) zu den Postulaten

- «Klimapolitik» – Postulat «Für unsere Zukunft – Für eine ernsthafte Klimapolitik!» von Joel Bühler und Pascale Meschberger der SP-Fraktion (Nr. 2018/121)
- «Klimaangepasste Stadtentwicklung» – Postulat «Klimaangepasste Stadtentwicklung: Analyse – Strategie – Massnahmen für erhöhte Lebensqualität in Liestal» von Benjamin Holinger der Grünen Fraktion, Loris Jeitziner der SP-Fraktion, Vreni Wunderlin der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion (Nr. 2019/150)
- «Klimaneutralität Veranstaltungen» – Postulat «Klimaneutralität (Netto-Null) der Liestaler Veranstaltungen bis 2035» der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion (Nr. 2021-72)
- «Klimaneutralität Verwaltung – Motion «Klimaneutralität (Netto-Null) der Liestaler Verwaltung» der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion (Nr. 2021-73)

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Die Verfasser der Vorstösse möchten sich nun zum stadträtlichen Zwischenbericht äussern.

Peter Küng (SP) äussert, dass er sich auftrags aller Verfasser der SP-Fraktion äussern wird. Für den langersehnten Zwischenbericht zu den verschiedenen Vorstössen dankt man bestens, denn es ist ersichtlich, dass es nun doch vorwärts geht. Dringender Handlungsbedarf ist nötig und eigentlich sollte man die Zeit besser nutzen, als noch Berichte und Strategien zu schreiben. Klimarelevantes Handeln muss bei jeder Tätigkeit zuoberst stehen. Wir brauchen kein Verbots-, sondern eine Förderungs-, Innovations- und eine Vorbildpolitik bei der Klimakrise. In der Verwaltung, beim Bauen, in der Schule usw. muss jede Handlung klimabewusst sein. Der Ausbau von Fernheizungen muss gefördert werden, verfügt Liestal doch immer noch über viele Strassen mit Gasleitungen. Auch könnten beispielsweise jährlich 100 Bäume zur Verbesserung des Stadtklimas gepflanzt und Ladeinfrastrukturen für die Elektro-Mobilität gebaut werden. Auch Solar-Genossenschaften könnten gegründet werden. Staumauer-Erhöhlungen dürften nicht viel bringen, sind diese doch bereits heute wegen fehlendem Regen- und Gletscherwasser halb leer. Man ist gespannt auf den Bericht vom Oktober und den darin aufgezeigten Massnahmen. Vom stadträtlichen Zwischenbericht nimmt seine Fraktion zustimmend Kenntnis.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt nach Umfrage fest, dass sich die Verfasser des Vorstosses Nr. 2019/150 «Klimaangepasst Stadtentwicklung» nicht zum stadträtlichen Bericht äussern möchten.

Stefan Fraefel (Die Mitte) hält namens der Verfasser und als Sprecher der Mittefraktion bezüglich den Vorstössen Nr. 2021-72 «Klimaneutrale Veranstaltungen» und Nr. 2021-73 «Klimaneutralität Verwaltung» fest, dass seine Fraktion erfreut vom stadträtlichen Zwischenbericht Kenntnis nimmt. Man vermisst aber doch die Aufnahme von den doch sehr konkret formulierten Vorgaben der beiden Vorstösse. Und so hofft man doch, dass dem Rat der Schlussbericht sehr zügig zur Kenntnis gebracht wird und die gestellten Fragen auch konkret beantwortet werden.

Philipp Franke (GL) bemerkt, dass das vom Stadtrat vorgelegte Tempo auf keinen Fall genüge und die Grüne Fraktion den Zwischenbericht zur Kenntnis nehme, obwohl dieser zu wenig Fleisch am Knochen habe. Das Postulat «Klimapolitik» ist nun 4 Jahre alt und forderte eine klare Zieldefinition. Es braucht bereits heute klar definierte Ziele und Massnahmen, denn seit der Überweisung des Vorstosses hat das Klima mit zwei Hitze-Sommern und einem Sommer mit starken Regenfällen auch keine Pause gemacht. Das Klima wartet nicht, bis wir uns einmal entschieden haben, was wir tun wollen oder können. Positiv ist immerhin, dass der Stadtrat bei laufenden Geschäften doch Massnahmen umsetzt. Der im Oktober erwartete Bericht wird das Problem nicht lösen. Wir sind keineswegs auf einer Zielgeraden, denn das Rennen hat ja noch gar nicht begonnen. Denn wenn der Bericht vorliegt, sind dann immer noch Massnahmen zu definieren und umzusetzen. Vielleicht müssen Reglemente angepasst werden, auch raumplanerische Instrumente könnten gegebenenfalls noch nötig sein. Am politischen Willen fehlt es nicht, bekräftigt doch der Stadtrat immer wieder, dass das Klima-Thema auch in Liestal Priorität hat. Zudem sind vom Einwohnerrat verschiedene Vorstösse betreffend dem Klima überwiesen und auch der Klimanotstand ausgerufen worden. Im Moment reicht der pure Wille aber nicht mehr und es ist ihm nicht verständlich, auf was wir noch warten wollen. Von der prioritären Behandlung durch den Stadtrat spürt er selbst nicht sehr viel.

Markus Rudin (SVP) führt aus, die SVP-Fraktion sei grundsätzlich zufrieden mit dem stadträtlichen Zwischenbericht, denn schliesslich ist schon einiges gemacht worden. So wurde die ganze Strassenbeleuchtung auf LED umgerüstet, bei der Beschaffung von Fahrzeugen sowie Gerätschaften hatte man das Augenmerk auf klimaschonende Mittel usw. Im Bereich Solarstrom-Gewinnung hat die Stadt aber noch einen grossen Nachholbedarf, denn diesbezüglich sind Private besser und schneller unterwegs. Die Stadt hat noch viele und auch sehr grosse Gebäude, bei welchen Photovoltaik-Anlagen sinnvoll wären. Die Problematik der Klimaveränderung wird in seiner Fraktion nicht so erkannt und es wäre falsch, wenn nun jede Kommune selber etwas wursteln würde, anstatt dass man gemeinsam mit Kanton und Bund nach Lösungen sucht. Auch sind gewisse Forderungen der Vorstösse nicht umsetzbar, denn die Stadt Liestal wird beispielsweise wohl kaum der Basellandschaftlichen Kantonalbank vorschreiben können, wie und mit was sie ihr Geld verdienen soll. Bei der vorgängigen Fragestunde konnte man erfahren, dass die Gemeinden mit dem Kanton und dem Krisenstab beispielsweise gemeinsame Lösungen im Zusammenhang mit der Energieversorgung gesucht werden und ein Zusammengehen sollte doch auch im Zusammenhang mit dem Klima möglich sein, denn Liestal alleine kann das Klima nicht retten. Seine Fraktion nimmt Kenntnis vom Zwischenbericht des Stadtrates.

Richard Gafner (FDP) erklärt, dass die FDP-Fraktion es grundsätzlich begrüsse, dass die verschiedenen Vorstösse im Rahmen einer Nachhaltigkeitsstrategie beantwortet und thematisiert werden sollen. Mit dem Energieleitbild ist bereits einen Rahmen zur besseren Energieeffizienz geschaffen worden. Es ist auch einleuchtend, dass die Schaffung einer Strategie etwas mehr Zeit beansprucht, als wenn man die Vorstösse einzeln behandelt hätte. Auch die FDP-Fraktion ist natürlich gespannt, was bis Ende 2022 herauskommen und vom Stadtrat vorgeschlagen wird. Vom Zwischenbericht wird Kenntnis genommen. Er persönlich unterstreicht das Votum des Vorredners im Zusammenhang mit einer Koordination und Zusammenarbeit über die Gemeinde- und Kantons Grenzen hinaus.

Michael Durrer (GL) betont als Einzelsprecher, dass vom Bund ganz klar die Kantone und Gemeinden zum Handeln aufgefordert sind. Natürlich wird auch von ihm ein koordiniertes und gemeinsames Vorgehen befürwortet, doch soll dies nicht als Argument dafür missbraucht werden, damit man selbst nichts tun muss. Er schätzt den Stadtpräsidenten sehr und glaubt bzw. hofft, dass seine vorgängige Aussage bei der Fragestunde mit dem Kartonbecher nicht ernst gemeint war, denn das wäre andernfalls ein sehr schlechtes Beispiel dafür, dass Liestal tatsächlich in Sachen Klimapolitik und Nachhaltigkeit noch nirgends ist.

Stadtpräsident Daniel Spinnler dankt für die grundsätzliche positive Aufnahme des Zwischenberichtes. Er hatte schon mehrfach hier im Saal und in den Kommissionssitzungen die Verzögerungen erklärt. Es wäre ja nicht nachhaltig, wenn man die Verwaltung trotz Stadtverwalter-Wechsel usw. mit der Beantwortung von Klima-Vorstössen pushen würde, zumal dieses Thema doch sehr wichtig ist. Und nach dem Motto «Gring abe und seckle» dürfte es deshalb nicht funktionieren. Als Teilnehmer eines Orientierungslaufes hatte er auch schon die Erfahrung machen müssen, dass der kürzeste Weg schlussendlich nicht der schnellste Weg war. In verschiedenen Bereichen wird über die Gemeindegrenze hinaus zusammengearbeitet. Der Stadtrat ist schon längst über die Startlinie hinaus und hat dem Rat bereits das Energieleitbild unterbreitet. Das Thema Nachhaltigkeit umfasst die effiziente und nachhaltige Nutzung von Ressourcen und das betrifft nicht nur die Ökologie, sondern beispielsweise auch die sozialen Belange. Es macht wohl mehr Sinn, wenn wir hier im Rat über sinnvolle Massnahmen sachlich diskutieren, welche vom Stadtrat in Projektteamarbeiten, an Workshops usw. erarbeitet wurden. Die von seinem Vorredner erwähnten Kartonbecher wollte er ja schon lange, doch konnte dies auch nicht in Kürze umgesetzt werden, da halt immer noch unzählige wichtigere und dringendere Dinge dazwischengekommen sind. So sollte man sich doch auch bewusstwerden, was die Beantwortung von 25 Fragen für die Fragestunde des Einwohnerrates innert 24 Stunden für die Verwaltung und den Stadtrat auslöst. Auch möchte er daran erinnern, dass der Rat vom ehemaligen Stadtrat Franz Kaufmann darüber informiert wurde, dass wir in Liestal nicht mehr so viele Dachflächen auf gemeindeeigenen Liegenschaften haben, welche mit Solaranlagen bestückt werden könnten. Natürlich müssen auch die Gemeinden und Kantone handeln, doch nervt es ihn heute noch, dass die CO2-Abgabe als effiziente Massnahme zum Klimaschutz vom Souverän abgelehnt wurde. Die Stadt Liestal leistet immer wieder Beiträge zum Klimaschutz und so möchte er nur auf den riesengrossen Fernwärmekessel in der Spitalstrasse hinweisen, an welchem die zahlreichen Quartierplan-Bauten anschliessen müssen. Nach wie vor werden aber noch viele ältere Gebäude in Liestal mit Gas und Heizöl beheizt, doch wie kann die Politik die Eigentümer zum Umrüsten ihrer Heizanlagen bewegen, damit diese nicht nur wegen Fördermitteln und öffentlichen Geldern in Millionenhöhe handeln? Diesbezüglich haben wir schon sehr wenige Hebel, doch in allen anderen Bereichen ist man bereits an der Arbeit. Auch möchte er betonen, dass Nachhaltigkeit mehr als Ökologie und Klima ist.

Hanspeter Meyer (SVP) ist der Ansicht, dass die Stadt und auch Private doch bereits sehr viel machen. Weitere gute Absichten scheitern aber zum Teil auch am Kapazitätsproblem. So möchten 12 Wohnungen an die Fernwärme anschliessen, doch ist dies seit Jahren trotz gutem Willen wegen der fehlenden+ Erschliessung und Kapazität nicht möglich.

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Der Einwohnerrat nimmt einstimmig den Zwischenbericht des Stadtrats zu den Vorstössen Nr. 2018/121, Nr. 2019/150, Nr. 2021-72 und Nr. 2021-73 gemäss Vorlage Nr. 2022-115 zur Kenntnis.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsidentin Sonja Niederhauser (EVP) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 45 des Geschäftsreglements am Schluss der Versammlung noch mündlich begründen können.

Sie stellt nach Umfrage fest, dass davon niemand Gebrauch machen möchte.

Schluss der Sitzung: 20.10 Uhr

Für den Einwohnerrat

Die Ratspräsidentin

Sonja Niederhauser

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann